

Veränderte Weltwirtschaft – veränderte Außenhandelsstrategie

vbw

Position
Stand: Juni 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Abhängigkeiten reduzieren, aber weiter auf Freihandel setzen

„In Bayern daheim, in der Welt zuhause“ – dieser bekannte Slogan beschreibt sehr gut auch die bayerische Wirtschaft. Unsere Unternehmen sind international aufgestellt. Das gilt nicht nur für die großen Konzerne, sondern auch für zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen.

Bayern und seine Menschen profitieren von dieser Internationalisierung: vom Export unserer Produkte ebenso wie vom Import von Rohstoffen sowie kostengünstig hergestellten Vorprodukten und Konsumgütern. Unser auf Globalisierung basierendes Geschäftsmodell ist ein Erfolgsmodell.

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich aber verändert. Pandemie und Krieg haben die Anfälligkeiten unserer Lieferketten aufgezeigt, die Verlässlichkeit unserer Handelspartner steht in Frage, Protektionismus und Handelskonflikte sind auf dem Vormarsch.

Mit diesem Positionspapier zeigen wir auf, wie wir auf das veränderte weltwirtschaftliche Umfeld reagieren müssen. Ohne Zweifel müssen wir unsere Außenhandelsstrategie anpassen und neu austarieren. Vor allem müssen wir einseitige Abhängigkeiten abbauen. Falsch wäre es aber, unser Geschäftsmodell komplett über Bord zu werfen. Als vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. stehen wir weiterhin klar für Freihandel und Globalisierung. Der beste Weg, Abhängigkeiten zu vermeiden, heißt diversifizieren. Und das bedeutet nicht weniger, sondern mehr Globalisierung.

Bertram Brossardt
15. Juni 2023

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Unser Geschäftsmodell	3
2 Die Herausforderungen	5
3 Unsere Position	6
3.1 Internationalisierung schafft Wachstum und Wohlstand	6
3.2 Abhängigkeiten durch Diversifizierung verringern	6
3.3 Zusätzliche Absatz- und Beschaffungsmärkte erschließen	6
3.4 Re- und Near-Shoring führen grundsätzlich zu Wohlstandsverlusten	7
3.5 Geschäftsmodell ist Unternehmensentscheidung, die Politik muss unterstützen	7
3.6 Selbstbewusstes Eintreten der EU für Freihandel	8
3.7 Einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken	8
Ansprechpartner / Impressum	9

Position auf einen Blick

Wir müssen unsere Außenhandelsstrategie neu austarieren, dürfen sie aber keinesfalls aufgeben

Unser wirtschaftlicher Erfolg und damit unser Wohlstand beruhen zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Bayern ist eine offene Volkswirtschaft und intensiv in den internationalen Warenhandel und in globale Investitionsströme eingebunden. An diesem Geschäftsmodell müssen wir festhalten, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Die politische und ökonomische Weltordnung befindet sich im Wandel. Globalisierungskritiker verschaffen sich zunehmend Gehör. Protektionistische Maßnahmen werden auch in westlichen Volkswirtschaften immer salonfähiger. Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die Anfälligkeiten unserer Lieferketten aufgezeigt. Zudem hat der Angriffskrieg Russlands ebenso wie die Entwicklungen in China die Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen. Die WTO ist kaum handlungsfähig, der Konflikt zwischen China und den USA beeinträchtigt die Weltwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Außenhandelsstrategie überdenken und neu austarieren, aufgeben dürfen wir unser Geschäftsmodell aber keinesfalls. Dies wäre zum Schaden für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Notwendig ist eine neue Risikoabwägung zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite und Versorgungssicherheit auf der anderen. Um unsere Resilienz zu steigern, müssen Abhängigkeiten reduziert und künftig vermieden werden. Hierfür ist eine stärkere Diversifizierung der Handelspartner notwendig. Die Reduzierung von Abhängigkeiten bedeutet nicht, sich von einzelnen Partnern abzukoppeln, sondern zusätzliche Partner zu gewinnen. Das komplette Rückverlagern von Produktion ins Inland oder ins nahe Ausland ist kein geeigneter Weg, um unsere Resilienz zu steigern.

Zum neuen Austarieren unserer Außenhandelsstrategie gehört auch die Wahl unserer Handelspartner. Wir sollten verstärkt auf Partnerländer und -regionen setzen, die unsere Werte im Hinblick auf Wirtschafts- und Gesellschaftssystem teilen – ohne aber andere Staaten auszuschließen. Wir setzen weiterhin darauf, dass gegenseitiger Handel und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich stabilisierend wirken.

Die Frage des Geschäftsmodells ist eine ureigene Unternehmerentscheidung. Die Politik kann die Firmen aber unterstützen, das volkswirtschaftliche Ziel der Diversifizierung und Resilienzsteigerung zu erreichen: durch den Abschluss von Handelsabkommen, durch eine auf Diversifizierung ausgerichtete Außenwirtschaftsförderung, durch Änderungen der Besteuerung von Lagerhaltung sowie durch eine allgemeine Verbesserung der Standortbedingungen.

[Position auf einen Blick](#)

Die übergeordnete Aufgabe der Politik ist es, sich klar gegen Protektionismus zu positionieren und für Freihandel einzutreten. Auf konkrete unlautere Maßnahmen sollte aber gezielt reagiert werden können – idealerweise im Rahmen der WTO, deren Streitbeilegung durch Reformen wieder hergestellt werden muss. Die EU muss und kann selbstbewusst als eigenständiger Akteur im geoökonomischen Umfeld auftreten und sich so einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen. Verhandlungen müssen auf Augenhöhe geführt werden, um Reziprozität bei Handels- und Investitionsbedingungen einzufordern und so für ein Level Playing Field zu sorgen.

1 Unser Geschäftsmodell

Deutschland und Bayern sind in der Weltwirtschaft integriert

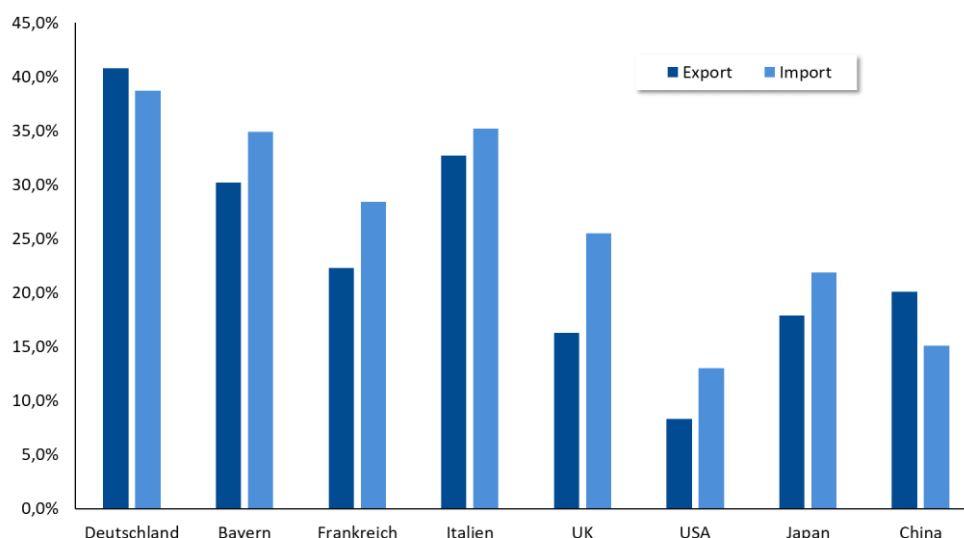
Deutschland und Bayern sind offene und globalisierte Volkswirtschaften, deren Geschäftsmodell auf Außenhandel und internationale Wertschöpfungsketten setzt. Die folgenden ausgewählten Daten belegen die tiefe globale Integration unserer Volkswirtschaft:

- Im Jahr 2022 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von 216 Milliarden Euro, gleichzeitig summierten sich die Importe auf fast 250 Milliarden Euro. Das waren 30,2 bzw. 34,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bundesweit liegen die Anteile sogar noch etwas höher. Von den anderen größeren Industrienationen weist nur Italien ähnliche Werte auf (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1

Außenhandelsvolumina in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Warenexporte und -importe in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
nominale Werte, 2022

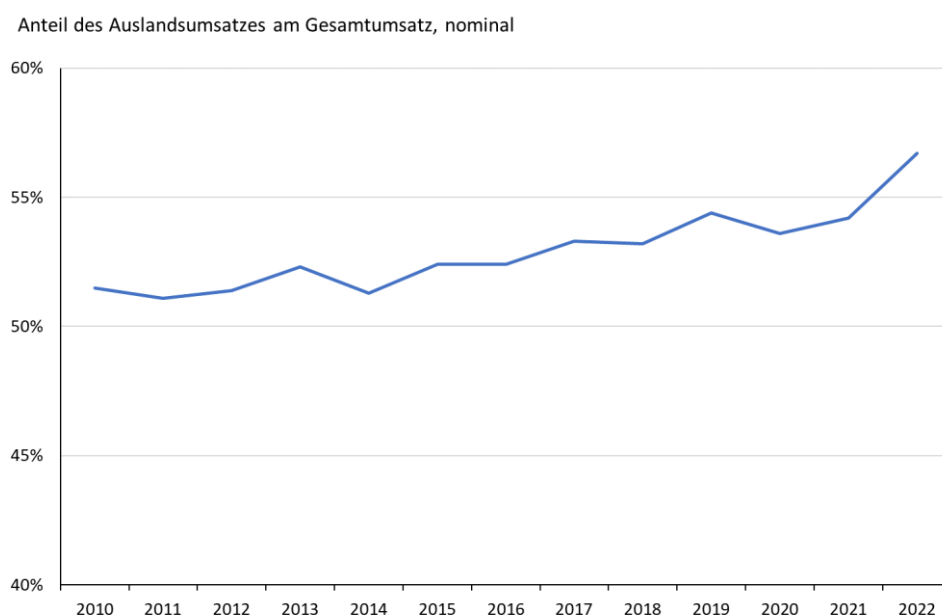


Quellen: Destatis, FERI.

- Mittelfristig sind die Export- und Importanteile merklich gestiegen, wobei die Zuwächse im Wesentlichen im Zeitraum bis 2008 stattgefunden haben. Zu Beginn des Jahrtausends machten die Warenexporte in Bayern 26 Prozent des BIP aus, die Importe beliefen sich auf 24 Prozent des BIP (Deutschland: 28 bzw. 25 Prozent).

- Vor allem die bayerische Industrie profitiert vom Export. Zwei Drittel des Umsatzwachstums seit 2010 wurden auf Auslandsmärkten erzielt. Folglich stieg der Anteil des Auslandsumsatzes der bayerischen Industrie von 51,5 auf 56,7 Prozent (vgl. Abb. 2).
- Einzelne Industriebranchen in Bayern haben noch wesentliche höhere Exportquoten: So erwirtschaftet die chemische Industrie 64 Prozent ihres Umsatzes im Ausland, im Maschinenbau sind es gut 67 Prozent, in der Automobil- und Zulieferindustrie 70 Prozent und in der Elektronik und EDV-Geräteindustrie sogar mehr als 76 Prozent.

Abbildung 2
Exportquote der bayerischen Industrie



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

- Den hohen Offenheitsgrad unserer Wirtschaft bildet auch der Index of Economic Freedom ab. Im Jahr 2023 erreicht Deutschland mit 73,7 von 100 möglichen Punkten Rang 14 von insgesamt 176 bewerteten Staaten.
- Deutschland und Bayern sind auch über Direktinvestitionen in den globalen Wertschöpfungsketten integriert. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank summierte sich der Bestand bayerischer Direktinvestitionen im Ausland im Jahr 2020 auf 282,4 Milliarden Euro. Dahinter standen 8.655 Betriebe mit 1,7 Millionen Beschäftigten. Umgekehrt beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen in Bayern auf 190,3 Milliarden Euro. Sie umfassten 3.175 Betriebe mit 640.000 Beschäftigten.
- In Relation zum BIP macht der bayerische Direktinvestitionsbestand im Ausland 45 Prozent aus, der Bestand an Auslandsinvestitionen im Inland beläuft sich auf 30 Prozent des BIP. Für Deutschland liegen diese Anteile bei 50 bzw. 27 Prozent.

2 Die Herausforderungen

Die wirtschaftliche Weltordnung ist im Wandel

Die Weltordnung befindet sich im Wandel – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Dies stellt unser Geschäftsmodell der Internationalisierung vor Herausforderungen.

- Schon seit mehreren Jahren hat die Globalisierung Kritiker, die sich zunehmend Gehör verschaffen. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung werden negiert oder zumindest in Frage gestellt.
- Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Verwerfungen haben ebenso wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Schwächen und Anfälligkeiten der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten aufgezeigt.
- Zudem hat der Angriffskrieg Russlands die grundsätzliche Frage nach der Verlässlichkeit unserer Handelspartner aufgeworfen. Gleiches gilt für China, das infolge der Menschenrechtsverletzungen im Land, seines Verhaltens gegenüber Taiwan sowie seiner zunehmend aggressiven und strategisch ausgerichteten Handels- und Subventionspolitik immer kritischer betrachtet wird. Zudem wächst Chinas Machtanspruch mit dem Ziel, Umbrüche in der internationalen Ordnung herbeizuführen.
- Auch in westlichen Staaten mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen nehmen interventionistische wirtschaftspolitische Maßnahmen und Subventionspraktiken zu, Protektionismus wird wieder salonfähig.
- Das multilaterale Welthandelssystem ist größtenteils blockiert. Das Streitbeilegungssystem der Welthandelsorganisation (WTO) ist seit der Blockade des Berufungsgremiums funktionsunfähig. Reformen der WTO kommen extrem zögerlich voran.
- Die Weltwirtschaft wird insbesondere durch den Konflikt zwischen den USA und China beeinträchtigt. Es droht eine Bi-Polarisierung der globalen Wirtschaft mit einem US-dominierten und einem China-dominierten Wirtschaftsblock.
- Auch geopolitische Konflikte nehmen zu. Hierbei werden wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmend als strategisches Druckmittel für politische Ziele benutzt.

3 Unsere Position

Wir müssen unsere Außenhandelsstrategie neu austarieren, dürfen sie aber keinesfalls aufgeben

Vor dem Hintergrund der sich ändernden Weltordnung und angesichts der beschriebenen Herausforderungen stellen Einige unser auf Freihandel und Internationalisierung basierendes Geschäftsmodell in Frage. Ohne Zweifel müssen wir unsere Außenhandelsstrategie überdenken und neu austarieren, aufgeben dürfen wir unser Geschäftsmodell aber keinesfalls. Dies wäre zum Schaden für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

3.1 Internationalisierung schafft Wachstum und Wohlstand

Der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns beruhen zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Als Volkswirtschaft mit einem vergleichsweise kleinen Binnenmarkt und zugleich einem hohen Industrieanteil sind wir auf den Export angewiesen. Umgekehrt benötigt gerade auch die Industrie Importe von Rohstoffen, die im Inland nicht vorkommen sowie von Vorprodukten, die an kostengünstigeren Standorten hergestellt wurden. Einer Studie der Prognos AG zufolge hat Deutschland überdurchschnittlich von der Globalisierung profitiert. Von 1990 bis 2020 stieg das Pro-Kopf-Einkommen dank der Internationalisierung unserer Wirtschaft um insgesamt 30.000 Euro. Wir müssen deshalb an unserem Geschäftsmodell festhalten.

3.2 Abhängigkeiten durch Diversifizierung verringern

Notwendig ist jedoch eine Neubewertung der Risiken unserer Außenhandelsstrategie. Ein neues Abwägen zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite sowie Versorgungssicherheit auf der anderen Seite ist erforderlich. Um die Resilienz unserer Unternehmen sowie unserer Volkswirtschaft zu stärken, gilt es, Abhängigkeiten – vor allem einseitige – zu reduzieren und künftig möglichst zu vermeiden. Dies gilt für die Absatzseite ebenso wie für die Beschaffung. Um dies zu erreichen, ist eine stärkere Diversifizierung unserer Handelspartner notwendig.

3.3 Zusätzliche Absatz- und Beschaffungsmärkte erschließen

Der falsche Weg wäre es, Abhängigkeiten dadurch reduzieren zu wollen, indem man sich von einzelnen Handelspartnern abkoppelt. Dies birgt das Risiko, dass neue Abhängigkeiten entstehen. Vielmehr müssen zusätzliche Partner gewonnen, zusätzliche Absatz- und Beschaffungsmärkte erschlossen werden, um eine Diversifizierung zu erreichen. Zum Neuaustarieren unserer Außenhandelsstrategie gehört auch die Wahl unserer Handelspartner. Wir sollten verstärkt auf Partnerländer und -regionen setzen, die unsere Werte im Hinblick

[Unsere Position](#)

auf Wirtschafts- und Gesellschaftssystem teilen. Wir können es uns aber nicht leisten, andere Staaten komplett auszuschließen. Die vom ifo-Institut erstellte vbw Studie *Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell* zeigt, dass ein Entkoppeln von sämtlichen autokratischen Staaten zu einem dauerhaften Wertschöpfungsverlust in Deutschland von mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr führen würde. Zudem drohen diese Staaten so in andere Wirtschaftsblöcke getrieben zu werden, was nicht in unserem Sinn sein kann. Außerdem setzen wir weiterhin darauf, dass gegenseitiger Handel und Wirtschaftsbeziehungen grundsätzlich stabilisierend wirken.

3.4 Re- und Near-Shoring führen grundsätzlich zu Wohlstandsverlusten

Das komplette Rückverlagern von Produktion ins Inland (Re-Shoring) oder ins nahe Ausland (Near-Shoring) ist kein geeigneter Weg, um unsere Resilienz zu steigern. Dadurch würde man auf die produktivitäts- und effizienzsteigernden Wirkungen der Globalisierung verzichten. Die bereits erwähnte vbw Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Re-Shoring industrieller Wertschöpfung das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland dauerhaft auf ein um zehn Prozent niedrigeres Niveau senken würde. Near-Shoring hätte immer noch einen dauerhaften Produktionsverlust von gut vier Prozent zur Folge. Re- und Near-Shoring können nur als ein Baustein bei der Neu-Austarierung der Liefer- und Wertschöpfungsketten und beim Abwägen zwischen Effizienz und Versorgungssicherheit angesehen werden. Der gezielte Aufbau nationaler oder besser europäischer Produktionskapazitäten kann allenfalls für kritische Güter mit strategischer Bedeutung in Betracht kommen.

3.5 Geschäftsmodell ist Unternehmensentscheidung, die Politik muss unterstützen

Die Frage des Geschäftsmodells, die Erhöhung der Resilienz, die Risikoabwägung zwischen Effizienz und Sicherheit sowie die Wahl der Handelspartner und Investitionsstandorte sind ureigene Unternehmensentscheidungen. Die Politik kann die Betriebe aber dabei unterstützen, diese auch volkswirtschaftlich erwünschten Ziele zu erreichen. Durch den Abschluss von Handels- und Investitionsschutzabkommen oder strategischen Partnerschaften werden die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert, Wirtschaftsbeziehungen zu bestimmten Ländern und Regionen aufzubauen oder zu intensivieren. Außerdem können Instrumente der Außenwirtschaftsförderung so ausgestaltet werden, dass es für Betriebe attraktiv ist, zusätzliche und mehrere Import- sowie Exportmärkte zu erschließen. Unter dem Gesichtspunkt der Resilienzsteigerung sollte die steuerliche Benachteiligung der Lagerhaltung von Rohstoffen und Vorprodukten abgebaut werden. Schließlich ist es Aufgabe der Politik, durch eine Verbesserung der Rahmen- und Standortbedingungen mehr wettbewerbsfähige Produktion im Inland und in Europa zu ermöglichen, um die Abhängigkeit vom Ausland insgesamt zu verringern und insbesondere die Produktion von strategisch wichtigen Produkten zu fördern.

3.6 Selbstbewusstes Eintreten der EU für Freihandel

Die übergeordnete Aufgabe der Politik ist es, sich klar gegen Protektionismus zu positionieren und für Freihandel einzutreten. Die EU als entscheidender Akteur unserer Außenwirtschaftspolitik muss und kann selbstbewusst auftreten und mit anderen Staaten und Wirtschaftsräumen auf Augenhöhe verhandeln. Ziel muss es sein, Reziprozität bei Handels- und Investitionsbedingungen einzufordern und so für ein Level Playing Field zu sorgen. Protektionismus mit Protektionismus zu beantworten, ist der falsche Weg. Auf konkrete unlautere Maßnahmen muss jedoch gezielt reagiert werden können. Idealerweise sollte dies im Rahmen der WTO-Regeln erfolgen. Daher sollten von EU-Seite alle Anstrengungen unternommen werden, die multilaterale Welthandelsordnung durch eine Reform der WTO wieder zu stärken – ohne zwischenzeitlich auf den Abschluss von bilateralen Abkommen und Partnerschaften zu verzichten.

3.7 Einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken

Als selbstbewusster und eigenständiger Akteur im geoökonomischen Umfeld muss sich die EU auch einer drohenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft, das heißt einer Blockbildung in einen US-dominierten und einen chinesisch dominierten Wirtschaftsraum entgegenstellen. Es ist im europäischen Interesse, weiterhin sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Die von der Prognos AG erstellte vbw Studie *Verschiebungen in der Weltwirtschaft – Gefahr für die ökonomische Dominanz des Westens* zeigt, dass die EU im Falle einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft ökonomisch verlieren würde – sowohl wenn sie sich dem amerikanisch dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den China-dominierten Block. Die transatlantischen Beziehungen sind ohne Zweifel die wirtschaftlich und auch politisch bedeutendste Partnerschaft der EU. Ein Decoupling von China ist aber nicht im Interesse der EU.

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber

Geschäftsführer, Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Tatjana Vargas

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
tatjana.vargas@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juni 2023